

NVK-Abgeordneten sind Modellarbeiter und andere "fortschrittliche Personen" mit Vorbildcharakter (RMRB, 10.5.83). Peng Chong gab darüber hinaus folgende gruppenspezifische Zusammensetzung der NVK-Abgeordneten bekannt:

Arbeiter und Bauern	26,6%
Funktionäre	21,4%
Intellektuelle	23,5%
Mitglieder demokratischer Parteien und andere parteilose demokratische Persönlichkeiten	18,2%
Soldaten	9,0%
Zurückgekehrte Überseechinesen	1,3%

Das Organ des Zentralkomitees der KPCh, die "Volkszeitung", veröffentlichte am 11. Mai 1983 eine Liste aller 2.978 NVK-Abgeordneten, aus der u.a. hervorgeht, daß die drei ältesten Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros nicht mehr dem Parlament angehören: Ye Jianying (86), Chen Yun (84) und Deng Xiaoping (79). (Siehe auch C.a., März 1983, Ü 12)

-sch-

(9)

Viel Publicity für Li Xiannian

Nach den wenigen öffentlichen Auftritten von Li Xiannian im Anschluß an den XII. Parteitag der KPCh und der normalen Berichterstattung hierüber in den chinesischen Massenmedien wurde der 77jährige politische Dauerbrenner, der seit 38 Jahren ununterbrochen im ZK und seit 1956 im Politbüro sitzt, Ende April wieder sehr aktiv und von der Parteipresse mit großer Aufmerksamkeit bedacht. Insgesamt viermal erschien Li im Mai 1983 auf der Titelseite des ZK-Organs "Volkszeitung" (RMRB, 1., 8., 18. u. 28.5.83). Wahrscheinlich handelte es sich hierbei um politische Imagepflege im Hinblick auf die Wahl des neuen Staatspräsidenten durch den Nationalen Volkskongreß im Juni 1983. Nachdem Deng Xiaoping mehrfach seinen Verzicht auf diesen Posten erklärt hatte, und Ye Jianying auf eine Wiederwahl zum NVK verzichtet hatte, war der 77jährige Li auf Platz fünf der Parteihierarchie der aussichtsreichste Kandidat für das formal höchste Staatsamt - Hu Yaobang (Platz eins) und Zhao Zhiyang (Platz vier) waren als Parteivorsitzender bzw. Ministerpräsident ohnehin keine Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten (s. C.a., Oktober 1982, Ü 7).

-sch-

(10)

Gewerkschaftsboß Ni Zhifu ausgeschaltet?

Bei den diesjährigen Feierlichkeiten zum 1. Mai fehlte überraschenderweise der Vorsitzende des Nationalen Gewerkschaftsverbands Chinas, Politbüromitglied Ni Zhifu (51). Ni Zhifu, der während der Kulturrevolution seine politische Karriere machte, trat am 18. Februar 1983 zuletzt öffentlich auf, als er eine japanische Gewerkschaftsdelegation zu Gesprächen empfing. Eine britische Gewerkschaftsdelegation, die Ende März China besuchte, kam - soweit bekannt - nicht mit Ni Zhifu zusammen. Unterdessen traten die Führungsgremien des Nationalen Gewerkschaftsverbands Ende März zusammen und beschlossen die weitere Beseitigung "linker" Einflüsse innerhalb der Gewerkschaften (Xinhua, 1.4.83, nach SWB, 9.4.83; Gongren Ribao, 1.4.83, nach SWB, 16.4.83). Ni Zhifu war noch vor kurzem als Abgeordneter der Stadt Beijing in den VI. Nationalen Volkskongreß gewählt worden (RMRB, 1.5.83).

-sch-

(11)

Über die Lage in Tibet

Auf einer Pressekonferenz in Beijing machte der stellvertretende Minister der zentralen Kommission für die Angelegenheiten der nationalen Minderheiten, Xue Jianhua, Angaben über die Verhältnisse in Tibet. Die Einwohnerzahl betrage nun 1,78 Mio. im Vergleich zu 1,13 Mio. im Jahre 1959, als ein Census durchgeführt wurde. Seither hat die Bevölkerung der tibetischen Nationalität um 57,7% zugenommen. In den vergangenen 32 Jahren habe die Zentralregierung 6 Mrd. Yuan an Subventionen bereitgestellt, um Tibet zu helfen, seine Wirtschaft, das Kultur- und Erziehungswesen zu entwickeln. Von 1980 bis 1985 sei Tibet von allen Steuern befreit.

Weiter wurde mitgeteilt, daß vor 1951 in Tibet keine Industrieunternehmen bestanden hätten. Nun gebe es mehr als ein Dutzend Industrien, die einen Output von 150 Mio. Yuan (1982) erzielt hätten. Von 1951 bis heute habe sich die Getreideproduktion verdreifacht; die Zahl des Viehs habe um 350% zugenommen. Heute gebe es vier Hauptstraßen, die Tibet mit Sichuan, Qinghai und Yunnan verbinden sowie mit der autonomen Region Xinjiang. Ein Straßennetzwerk mit einer Gesamtlänge von 21.500 km verbindet Lhasa mit 99% von Tibets Kreisen.

Ca. 36.000 Kader, mehr als 60% der Gesamtzahl der Kader, bestehe aus Tibetern oder anderen nationalen Minderheiten. Die Führungskader auf den regionalen, Präfektur- und Kreisebenen seien aus den nationalen Minoritäten rekrutiert worden. Eine große Anzahl von Angehörigen der Minoritäten sei als Spezialisten und wissenschaftliche Arbeiter ausgebildet worden, darunter 140 Assistenzprofessoren, Dozenten, Ingenieure und Agronomen.

Hinsichtlich von Chinas Politik gegenüber dem Dalai Lama sagte Xue, daß es Chinas Politik sei, daß "alle Patrioten zu der einen Familie gehörten unabhängig davon, ob sie nun früh oder spät zu der gemeinsamen Sache stoßen"; weiter sagte er: "Die Rückkehrer werden nicht für ihr früheres Verhalten verantwortlich gemacht; sie sind frei, zurückzukehren oder wieder fortzugehen." Das gleiche gelte auch für den Dalai Lama. (XNA, 21.5.1983)

-lou-

WISSENSCHAFT, AUSBILDUNG KUNST UND MEDIEN

(12)

Konferenz über Hochschul-erziehung

Vom 7. bis 19. Mai fand in Wuhan eine nationale Konferenz über das Hochschulwesen statt (vgl. GMRB, 11. u. 21.5.83). Als wichtigstes Thema der Konferenz wurde die Notwendigkeit des schnelleren Hochschulausbaus betont. Wenige Tage vor Konferenzbeginn hatte der Staatsrat einen Bericht des Erziehungsministeriums und der Staatlichen Planungskommission über die schnellere Ausweitung der Hochschulbildung gebilligt und veröffentlicht. In dem Bericht heißt es u.a.: "Bei der Durchführung des auf dem 12. Parteitag ausgegebenen Kampfprogramms empfinden alle Fronten und Bereiche den Mangel an Fachleuten und fordern die Erziehungsbehörden dringend auf, voranzugehen und für den Staat möglichst schnell und möglichst viele qualifizierte Leute auszubilden. Deshalb ist der schnellere Ausbau des Hochschulwesens eine wichtige Aufgabe, die keinen Aufschub duldet. Es müssen wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um in naher Zukunft (etwa in den nächsten 5 Jahren) den Hochschulausbau planmäßig und ausgewogen zu fördern und die Grundlagen für einen weiteren verstärkten Ausbau zu legen." Im einzelnen erhebt der Bericht folgende Forderungen: 1. Wir müs-

sen mit allen Mitteln und unter Überwindung aller Schwierigkeiten den Ausbau des Hochschulwesens vorantreiben, zugleich aber auch auf die praktische Durchführbarkeit achten. 2. Wir müssen verschiedene Formen anwenden und neue Wege öffnen, auf allen Gebieten den Enthusiasmus wecken und die Richtung des "Gehens auf zwei Beinen" fortsetzen. 3. Beim Ausbau des Hochschulwesens müssen die Erfordernisse der "Vier Modernisierungen" zugrunde gelegt werden, die innere Struktur des Hochschulwesens reformiert und den Anteil der (höheren) Berufsschulen und fehlenden Fachgebiete erhöhen. 4. Wir müssen verschiedene Qualifikationsanforderungen aufstellen und gleichzeitig Schwerpunktschulen und Schwerpunktfachschulen gründen. 5. Der Ausbau muß für die nächsten 4-5 Jahre einheitlich geplant werden, damit ein stetes Ansteigen der Studentenzahlen erfolgt und ein starkes Absinken verhindert wird (GMRB, 5.5.83). Ebenfalls vor Konferenzbeginn wurden konkrete Zahlen für den Hochschulausbau bekanntgegeben. So soll die Zahl der jährlich neu zuzulassenden regulären Hochschulstudenten bis zum Jahre 1987 auf 550.000 anwachsen, was einem Zuwachs um 75% gegenüber den 315.000 Studenten des Jahres 1982 gleichkommt. Damit wird sich die Zahl der Hochschulstudenten bis 1987 auf insgesamt 1,76 Millionen erhöhen, was einem Zuwachs um 53% im Vergleich zu 1982 entspricht (GMRB, 5.5.83).

Weitere Vorschläge für den schnellen Ausbau des Hochschulwesens betreffen den Neubau von Hochschulen, die Entsendung von Hochschullehrern an angeschlossene Hochschulen oder Abendschulen sowie den Ausbau von Rundfunk-, Fernseh-, Fern- und Abendhochschulen. Letztere sollen bis 1987 zusätzlich 2,37 Millionen Menschen ausbilden, viermal so viele wie 1982. Erziehungsfernsehen soll nach und nach in allen Städten mit über einer Million Einwohnern eingerichtet werden, wobei insbesondere Kurse in Finanzwesen, Wirtschaft, Recht und Geisteswissenschaften angeboten werden sollen (GMRB, 5.5.83).

Auf der Grundlage dieser vom Staatsrat gebilligten Vorschläge für die fünf Jahre 1983-87 wurden auf der Hochschulkonferenz konkrete Schritte zum Ausbau der Hochschulen sowie zur Umstrukturierung der Hochschulen und Reform der Hochschulverwaltung diskutiert. Besonders betont wurde der Zusammenhang zwischen der Ausbildung qualifizierter Fachleute und dem wirtschaftli-

chen Aufbau. Erziehungsminister He Dongchang führte aus, daß die Umstrukturierung vor allem darauf abzielen müsse, neben den regulären Hochschulen Fachhochschulen, Rundfunk- und Fernsehuniversitäten auszubauen. Bezüglich der Verwaltungsreform hieß es, daß die örtlichen Behörden und die Schulen selbst größere Kompetenzen erhalten sollen (GMRB, 11. u. 21.5.83; s.a. XNA, 10. u. 20.5.83).

Es hat den Anschein, daß die Pläne für den Hochschulausbau realistisch sind in Hinblick darauf, ob sie auch verwirklicht werden können. Zwar wird auch nach Erfüllung dieses Fünfjahrplans für das Hochschulwesen der Hochschulsektor innerhalb des gesamten Bildungswesens einen verschwindend kleinen Teil ausmachen, aber ein noch schnellerer Ausbau wäre wenig sinnvoll, weil er mit einer Ausweitung der Berufsmöglichkeiten für die Studenten nach abgeschlossenem Studium einhergehen muß. Hier fehlt es häufig an den notwendigen Voraussetzungen, obwohl der Bedarf an Fachkräften und Wissenschaftlern ständig steigt und weit davon entfernt ist, gedeckt zu sein.

-st-

(13)

Fachhochschulen

Seit einigen Jahren wird in China ein bisher unterentwickelter Hochschultyp zunehmend gefördert: die Fachhochschule (gaodeng zhuanke xuexiao), die auf Hochschulebene eine Fach- oder Berufsausbildung vermittelt. Der Grund liegt darin, daß es in China im Verhältnis mehr Akademiker als mittlere Fachleute gibt, im technischen Bereich z.B. mehr Ingenieure als mittlere Techniker (vgl. den Artikel "Die Fachausbildung auf Hochschulebene stark ausbauen", RMRB, 7.5.83). Beklagt wird vor allem, daß allgemein der regulären Hochschulbildung mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird als der Fachhochschulbildung. Während im Jahre 1952 der Anteil der Fachhochschulstudenten an der gesamten Studentenzahl noch 31,3% betragen habe, sei dieser Anteil 1965 auf 4,5% gesunken. Im Jahre 1979 sei dieser Anteil zwar wieder auf 34,17% gestiegen, doch 1981 sei er wieder auf 17,11% gefallen. Unter dieser kleinen Zahl von Fachhochschulstudenten betrage der Anteil der Studenten an Lehrerfachschulen 62%, derjenige von Studenten an technischen Fachhochschulen nur 15,7% (ebd.).

Um dieses Mißverhältnis abzubauen, sind in den letzten Jahren in

den größeren Städten neue Fachhochschulen gegründet worden, die den steigenden Bedarf an qualifizierter Fachausbildung befriedigen sollen. Im Unterschied zu den regulären Hochschulen handelt es sich bei den Fachhochschulen um Tagesschulen, d.h., die Studenten wohnen nicht im Studentenheim, sondern zu Hause oder bei Verwandten. Aus diesem Grunde werden in der Regel auch nur am Ort ansässige Studenten aufgenommen. Ein weiterer Unterschied zu den regulären Hochschulen besteht darin, daß die Graduierten ihre Stellen nicht vom Staat zugewiesen bekommen, d.h., sie sind nicht im zentralen Plan erfaßt. Somit unterstehen diese Fachhochschulen auch nicht der Zentrale, sondern werden von den Städten eingerichtet, die damit ihren Bedarf an Fachkräften decken können.

Ein Beispiel ist die Jiangnan-Hochschule in Wuhan. Sie wurde 1980 gegründet und bietet dreijährige Berufsausbildungsprogramme an. Gegenwärtig studieren an dieser Fachhochschule 1.400 Studenten. Weitere 1.500 Abiturienten werden in diesem Jahr aufgenommen. Bis 1985 sollen an ihr 6.000, bis Ende des Jahrzehnts 10.000 Studenten studieren. Die Studenten müssen ein Schulgeld von 20-25 Yuan pro Semester zahlen. Die Fachhochschule bietet 21 Spezialgebiete an, darunter Betriebswirtschaft, Maschinenbau und Sekretariatsausbildung. Wie von seiten der Hochschule verlautet, haben die Graduierten keinerlei Schwierigkeiten, Stellen zu finden, da die Ausbildung sich eng an den Bedarf der Wirtschaft anlehnt (XNA, 19.5.83).

Weitere Beispiele von Fachhochschulen sind eine neugegründete Hochschule in Shenyang, die Techniker für kleinere staatliche und genossenschaftliche Betriebe ausbildet (XNA, 27.4.83), sowie drei neue Hochschulen in Guangdong, nämlich in Shenzhen, wo Personal für die Wirtschaftssonderzonen ausgebildet wird, in Hainan und die Finanz- und Wirtschaftshochschule in Guangzhou (XNA, 20.5.83).

-st-

(14)

Gründung einer Universität in Tibet

Wie die Volksregierung des Autonomen Gebietes Tibet kürzlich mitteilte, wird in Tibet zur Zeit eine Universität gebaut, die erste, die es in der tibetischen Geschichte gibt. Die ersten Studenten sollen 1985 zugelassen werden. Die Universität soll eine

Aufnahmekapazität von 1600 Studenten haben und die Fächer Tibetische Sprache und Literatur, Geschichte, traditionelle tibetische Medizin, Mathematik, Physik, Chemie, Politische Wissenschaft, Biologie und Geographie umfassen. Als Spezialfächer sollen zusätzlich die Fachrichtungen Astronomie, Buddhistische Studien, Musik und Kunst eingerichtet werden. Bisher gibt es in Tibet nur ein Pädagogisches Institut, ein Nationalitäteninstitut sowie eine Hochschule für Landwirtschaft und Viehzucht (XNA, 25.4.83).

-st-

(15) Nationales Komitee für Prüfungen von "Selbststudierern"

Im Rahmen der Verbreiterung der Bildungschancen, die insbesondere auf Hochschulebene sehr begrenzt sind, ist in China seit einigen Jahren die Möglichkeit des Selbststudiums gegeben. Gegenwärtig ist die Regierung bemüht, auch diesen nichtregulären Studiengang zu vereinheitlichen und weitgehend zu formalisieren, um jungen Leuten den Erwerb einer Qualifikation zu ermöglichen.

Zu diesem Zweck wurde jetzt ein nationales Komitee für die Leitung von Prüfungen von Studenten gegründet, die im Selbstverfahren ein Hochschulstudium durchgemacht haben (GMRB, 12.5.83). Gleichzeitig gab der Staatsrat die Empfehlung an alle Einheiten auf Provinzebene aus, ebenfalls derartige Komitees zu gründen. Bisher haben bereits 22 Provinzeinheiten Komitees für Prüfungen von Selbststudierern auf Hochschulebene eingerichtet (RMRB, 24.5.83). Aufgabe der Komitees sind die Leitung der Prüfungen nach abgeschlossenem Selbststudium, die Festsetzung der Prüfungsfächer entsprechend den Bedürfnissen des Staates, die Organisation der Prüfungen nach einheitlichen staatlichen Richtlinien sowie die Vergabe von Diplomen (XNA, 12.5.83). Erziehungsminister He Dongchang kündigte an, daß demnächst auch das Problem des Selbststudiums auf Sekundar Schulebene untersucht würde (RMRB, 24.5.83).

Mit der Vereinheitlichung der Prüfungsanforderungen für Selbststudierer und der Vergabe von Diplomen ist das Selbststudium zu einer anerkannten Art des Hochschulstudiums geworden, für die sich junge Menschen, die keinen Studienplatz an einer regulären Hochschule erhalten, ebenso wie Berufstätige, die eine

höhere fachliche Qualifikation erlangen wollen, in zunehmendem Maße entscheiden werden. In einigen Städten gibt es Prüfungen für Selbststudierer schon seit einigen Jahren, z.B. in Beijing, wo solche Prüfungen erstmals 1980 eingeführt wurden (XNA, 22.4.83).

-st-

(16) Gründung der Hochschule für Politik und Recht

Anfang Mai 1983 wurde in Beijing die Chinesische Hochschule für Politik und Recht (Zhongguo Zheng-Fa Daxue) gegründet (RMRB, 8.5.83; XNA, 9.5.83). Die neugegründete Hochschule ist aus dem Beijinger Institut für Politik und Recht hervorgegangen und damit zur zentralen und zugleich renommiertesten Ausbildungsstätte für Juristen und Politikwissenschaftler geworden. Die für 7000 Studenten geplante Hochschule umfaßt drei verschiedene Ausbildungsgänge: eine Grundausbildung von vier Jahren für Nichtgraduierte (undergraduates); ein Fortbildungsinstitut für Berufstätige; und eine Postgraduiertenausbildung (RMRB, ebd.). Somit trägt die Hochschule dem dringenden Bedarf an juristischem Nachwuchs und der Weiterbildung der in der Praxis tätigen, vielfach aber unzureichend ausgebildeten Juristen Rechnung.

Von den geplanten 7000 sind vorerst 785 Studienplätze bewilligt worden. Bisher haben 160 Studenten mit dem Studium begonnen, und zwar handelt es sich bei ihnen um bereits im Berufsleben Stehende, die sich einer Fortbildung unterziehen. Weitere 125 Studenten für die Postgraduiertenausbildung werden zur Zeit immatrikuliert. Der Rest wird nach Absolvierung der nationalen Hochschuleingangsprüfung mit Beginn des neuen Studienjahres im September aufgenommen (XNA, 11.5.83).

Die Neugründung dieser der Zentrale direkt unterstellten Hochschule stellt einen entscheidenden Schritt auf dem Wege des Wiederaufbaus und Ausbaus der Juristenausbildung dar, die ähnlich anderen Fachgebieten durch die Kulturrevolution völlig unterbrochen war. Freilich reicht die beschränkte Zahl der bisher bewilligten Studienplätze bei weitem nicht aus, den Bedarf an juristischem Fachpersonal zu decken, doch wird es sicherlich Jahre dauern, bis die geplante Kapazität ausgeschöpft werden kann.

-st-

(17) Ausbildung islamischer Imams

In Ningxia, dem Autonomen Gebiet der Hui (der chinesischen Moslems) sind kürzlich 34 junge Ahongs (die chinesische Bezeichnung für Imams) ausgebildet worden (RMRB, 6.5.83). Sie hatten sich seit Oktober 1982 einem Ausbildungskursus unterzogen, den die Islamische Gesellschaft des Autonomen Gebietes Ningxia veranstaltet hatte, um jungen Nachwuchs auszubilden, weil die überwiegende Mehrzahl der über 2000 Imams in Ningxia in fortgeschrittenem Alter ist. In dem Autonomen Gebiet soll es über eine Million Moslems geben (XNA, 7.5.83). Die Studenten waren von den örtlichen Religionsbehörden empfohlen worden, bevor sie nach Bestehen einer von der Islamischen Gesellschaft veranstalteten Aufnahmeprüfung zu dem Kursus zugelassen wurden. Während ihres halbjährigen Studiums wurden die Imanwärter von älteren Imams in der islamischen Lehre und Geschichte unterwiesen. Sie hörten auch Vorlesungen über die allgemeine Lage des Islams in den arabischen Ländern und über die Nationalitäten- und Religionspolitik der KPCh. Während der Kursdauer wurden alle für die Studenten anfallenden Kosten vom Staat getragen. Ähnliche Kurse sollen auch in Zukunft stattfinden. In diesem Zusammenhang verlautete von offizieller Seite, daß in dem Autonomen Gebiet Ningxia seit 1980 1.200 Moscheen geöffnet und über 10.000 Exemplare des Koran veröffentlicht worden sind (XNA, 7.5.83).

Im Rahmen der Ende der siebziger Jahre eingeleiteten relativ liberalen Religionspolitik ist zwar die freie Religionsausübung erlaubt und gestattet die Partei auch die Ausbildung von Nachwuchstheologen, doch wird sehr genau darauf geachtet, daß deren Zahl begrenzt bleibt. Diese Tatsache ist nicht nur in bezug auf den Islam, sondern auch auf den Buddhismus und das Christentum zu beobachten.

-st-

(18) Reform der Sekundar- schulbildung

Am 9. Mai 1983 haben das Erziehungs-, Arbeits- und Finanzministerium sowie die Staatliche Planungskommission an die entsprechenden Behörden auf Provinzebene Empfehlungen über die Strukturreform an den städtischen Mittelschulen und die Entwicklung von beruflicher und technischer Ausbildung weitergegeben. Die

Reform der Sekundarschulbildung, die seit einigen Jahren in Gang ist, hat zum Ziel, die Zahl der allgemeinbildenden Mittelschulen zugunsten einer Ausweitung berufsbildender Schulen zu reduzieren. Aufgrund der bisherigen Bemühungen, so heißt es in dem Dokument, habe die Zahl der Schüler, die in den Städten berufsbildende Mittelschulen oder technische Schulen besuchen, im Jahre 1982 bereits mehr als 350.000 erreicht. Um die Reform der Sekundarschule und den Ausbau des Berufsschulwesens weiter voranzutreiben, werden in den Empfehlungen folgende Forderungen erhoben:

(1) Es muß das Bewußtsein dafür geweckt werden, daß der beruflichen und technischen Ausbildung gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wird. Aufgabe des Erziehungswesens muß es sein, noch besser dem wirtschaftlichen Aufbau zu dienen.

(2) Man muß sich klar werden über die Richtung, den Weg und die Erfordernisse bei der Umstrukturierung der Mittelschulen. Folgende Möglichkeiten bieten sich an: a) Die Oberstufen der Mittelschulen werden teilweise in berufsbildende Mittelschulen oder technische Schulen umgewandelt, oder es werden an der allgemeinbildenden Oberstufe berufsbildende Kurse eingerichtet. Solche Schulen oder Kurse können von den Erziehungsbehörden selbst oder in Zusammenarbeit mit anderen Fachressorts oder Betrieben eingerichtet werden. Der Zugehörigkeitsstatus der Schule bleibt dabei unverändert. b) Die verschiedenen Handels- und Berufssparten sollen ermuntert werden, berufsbildende Mittelschulen, technische Schulen oder berufsbildende und technische Kurse von unterschiedlicher Länge einzurichten. c) Die Oberstufen der allgemeinbildenden Mittelschulen sollen planmäßig und in verstärktem Maße berufsbildenden und technischen Unterricht einführen. Sie sollen sich bemühen, den Abiturienten nicht nur allgemeine kulturelle Kenntnisse, sondern auch elementare Spezialkenntnisse zu vermitteln. d) Die Fach- und Ingenieurschulen müssen auf Sekundarebene reformiert und gut betrieben werden.

(3) In der Einstellungs- und Beschäftigungspolitik muß die "Dreierverbindung" durchgeführt werden. Das bedeutet, daß der Staat den Schülern von Berufsmittelschulen und technischen Schulen nicht mehr einheitlich die Stellen garantiert und zuweist, sondern daß den Schulabgängern gemäß der Richtung der "Dreierverbin-

dung" entweder von den Arbeitsbehörden Stellen zugewiesen werden und sich die Einheiten, die Personal einstellen, die Besten auswählen oder daß die Einstellung zur Unterstützung der Behörden von den Arbeits- und Dienstleistungsbetrieben vorgenommen wird oder daß die Schüler dazu gebracht werden, ihre berufliche Tätigkeit selbst zu planen. Die Einheiten, die Berufsausbildung betreiben, sollen das Recht haben, sich die besten Absolventen zur Einstellung auszuwählen.

(4) Folgende Punkte bei der Entwicklung der beruflichen und technischen Ausbildung müssen gelöst werden: a) Die Kosten. Außer wenn der Staat involviert ist, sollen die Volksregierungen aller Ebenen bei der Aufteilung ihrer finanziellen Mittel diese Art von Ausbildung aktiv unterstützen. Dabei sollen sie vor allem das Prinzip "halb arbeiten, halb lernen" propagieren. b) Lehrkräfte. Die Einheiten, die Berufsausbildung auf Mittelschulebene oder technische Ausbildung betreiben, müssen das Problem der Lehrkräfte selbst lösen, ganz gleich, ob es sich um staatliche oder kollektivwirtschaftliche Betriebe handelt. Die Erziehungsbehörden können lediglich Hilfestellung geben. An reformierten allgemeinbildenden Mittelschulen soll das Problem der Fachlehrer mit Unterstützung der betreffenden Fachbehörden und kooperierenden Einheiten gelöst werden. Die Erziehungsbehörden, Arbeits- und Personalbehörden und die entsprechenden Fachbehörden sollen planmäßig Lehrpersonal für berufliche und technische Erziehung ausbilden. c) Lehrmaterialien. Gegenwärtig gibt es bereits Hunderte von Berufsschullehrbüchern, die auf allen Ebenen herausgegeben worden sind. Auf dieser Grundlage sollen die Erziehungsbehörden in gemeinsamer Zusammenarbeit oder in ihrem Auftrag die entsprechenden Behörden den Berufsschulunterricht einheitlich planen und einen Lehrplan aufstellen sowie die Herausgabe und Empfehlung von Lehrbüchern organisieren. Bis 1985 soll es für die Mehrzahl aller Berufe die erforderlichen Lehrbücher geben.

(5) Die Führung bei der Reformierung der Sekundarschulstruktur und der Entwicklung der Berufsschulbildung muß gestärkt werden. Bei dieser Reform müssen Erziehungs-, Arbeits- und Personal-, Finanz- und Wirtschaftsbehörden zusammenarbeiten, was eine sehr komplizierte Sache ist. Deshalb wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Regie-

rungen aller Ebenen die einheitliche Führung stärken, die involvierten Behörden eine klare Arbeitsteilung durchführen, jeder seine Aufgabe wahrnimmt und alle gut zusammenarbeiten (GMRB, 12.5.83).

Die von der Zentrale an die Provinzbehörden ausgegebenen Empfehlungen zur Reform der Sekundarschulen lassen deutlich erkennen, wo die Probleme bei der Einrichtung stärker berufsorientierter Ausbildungsgänge liegen. Da der Staat zur Zeit noch nicht in der Lage ist, den Ausbau der beruflichen Erziehung in eigener Regie vorzunehmen, ist das System flexibel gehalten und die Mitarbeit der Betriebe und lokalen Organe erwünscht. Selbst auf sein bisheriges Vorrecht der Stellenzuweisung für Schulabsolventen im städtischen Bereich verzichtet der Staat, indem er die Eigeninitiative der Schüler bei der Arbeitssuche befürwortet. Die seit 1980 propagierte Reform des Sekundarschulwesens wird noch Jahre in Anspruch nehmen. Das angestrebte Ziel ist eine bessere Vorbereitung der Sekundarschulabgänger auf das Berufsleben.

-st-

(19) Aufnahmebedingungen für Berufsschulen

In diesem Jahr werden in China über 725.000 neue Schüler bzw. Studenten zur Ausbildung an Sekundarberufsschulen, Lehrerseminaren und Facharbeiterschulen zugelassen. Davon entfallen 271.000 auf Sekundarberufsschulen, 174.000 auf Lehrerseminare auf Sekundarschulebene und 280.000 auf Facharbeiterschulen. In diesem Jahr sind einige neue Aufnahmebedingungen herausgekommen. Während in den vergangenen Jahren vorwiegend Abiturienten Zugang zu den Sekundarberufsschulen erhielten, sollen von jetzt ab in zunehmendem Maße Schüler mit mittlerer Reife Aufnahme finden. Letztere sollen bei der Aufnahme in die Berufsschule nicht älter als 18 Jahre, die Abiturienten nicht älter als 22 Jahre sein. Abiturienten, die die Aufnahmeprüfung für die Sekundarberufsschule machen wollen, müssen persönlich im Bewerbungsformular ihre Wünsche angeben, wenn dies nicht geschehen ist, erhalten sie keine Zulassung. Angestellte und Arbeiter von staatlichen oder kollektiven Betrieben müssen die Zustimmung ihrer Einheit einholen, bevor sie sich der Aufnahmeprüfung unterziehen. Wer 1982 bereits eine Zulassung erhielt, die ihm zugeteilte Schule aber nicht akzeptierte, erhält in diesem Jahr keine Zulassung.

Die Bewerbungsfristen werden von den Aufnahmekomitees auf Provinzebene festgelegt und öffentlich bekanntgegeben. Die standardisierten Fragen für die Aufnahmeprüfungen werden auf Provinzebene vorbereitet, während die Prüfungen auf Kreisebene organisiert und die Prüfungsarbeiten auf Präfektorebene ausgewertet werden, wo auch die Zulassung erfolgt. Mit Ausnahme einiger Berufe mit speziellen Anforderungen soll kein Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Bewerbern gemacht werden. Für die Bewerbung zum Lehrerseminar auf Sekundarebene, wo sowohl zum allgemeinen Lehrer als auch zum Kindergartenlehrer ausgebildet wird, ist die mittlere Reife erforderlich, und der Bewerber darf nicht über 18 Jahre alt sein. Auch hier soll darauf geachtet werden, daß weibliche Bewerber aufgenommen werden.

Die Kindergärtnerinnenausbildung steht nur Mädchen offen, ansonsten sind die Anforderungen ähnlich wie bei Lehreranwärtern. Um den Lehrermangel auf dem Lande, insbesondere in entlegenen Berg- und Grenzgebieten, zu beheben, können die örtlichen Stellen die Anforderungen bei den Aufnahmeprüfungen für Bewerber aus diesen Gegenden herabsetzen.

Die Facharbeiterschulen nehmen im Jahre 1983 unverheiratete junge Leute aus dem städtischen Bereich auf, die unter 20 Jahre sind und die mittlere Reife haben. Wenn nötig, können auch Abiturienten aufgenommen werden. Ab diesem Jahr wird die Stellenzuweisung für Absolventen der Facharbeiterschulen neu geregelt, und zwar wird die bedingungslose einheitliche Stellenzuweisung durch den Staat aufgegeben zugunsten bedingter allgemeiner Zuweisungen. Nach ihrer Ausbildung werden den Absolventen je nach ihrer Qualifikation Stellen zugewiesen. Diejenigen, die die notwendige Qualifikation nicht erreichen, erhalten keine Stellung zugewiesen. Die Absolventen können entweder in staatlichen oder kollektiven Betrieben arbeiten, oder sie können sich auch selber Arbeit suchen (GMRB, 21.4.83).

Die zunehmende Formalisierung der Berufsschulausbildung zeigt, daß die chinesische Regierung bemüht ist, entscheidende Schritte zum Ausbau dieses bisher in China sehr schwach ausgebildeten Bildungsweges zu tun. Die Tatsache, daß auch für die Berufsschulen Aufnahmeprüfungen gemacht werden müssen, zeigt einmal, daß man das Niveau der Be-

rufsausbildung anheben und einen gewissen Standard wahren will, zum anderen zeigt sie aber auch, daß die Zahl der Bewerber außerordentlich hoch ist und deshalb eine Auswahl getroffen werden muß. Ein Zugeständnis an die hohen Bewerberzahlen ist bereits, daß man mehr Bewerber aufnimmt, als man Stellen an staatlichen Betrieben oder Institutionen zuweisen kann.

-st-

(20) Rückgabe verschollener Antiquitäten an Tibet

Das Dunhuanger Forschungsinstitut für Kulturdenkmäler hat kürzlich etwa 10.000 religiöse und historische Kunstgegenstände, die in der Kulturrevolution in Tibet abhanden gekommen waren, an Tibet zurückgegeben. Es handelt sich zumeist um bronzene Buddhastatuen, die aus Tibet verschleppt wurden und eingeschmolzen werden sollten. Das Dunhuanger Institut hatte die Kunstgegenstände entdeckt und in Sicherheit gebracht (XNA, 16.5.83). Berichtet wurde ferner von einer besonders wertvollen Buddhastatue, die ebenfalls in der Kulturrevolution verlorengegangen war und jetzt wiederaufgetaucht ist. Es handelte sich um eine 1,7 Meter hohe Bronzestatue, die im 7. Jahrhundert von einer nepalesischen Prinzessin nach Tibet gebracht worden sein soll. Die Statue wurde in der Kulturrevolution in zwei Stücke zerschlagen. Der obere Teil wurde nach Beijing gebracht, wo er eingeschmolzen werden sollte, dann aber doch gerettet wurde. Der Körper der Statue wurde auf einem Abfallhaufen in Tibet entdeckt. Nachdem der obere Teil kürzlich nach Tibet zurückgefliegen worden war und die beiden Teile dort wieder zusammengesetzt worden sind, hat die Buddhastatue jetzt ihren endgültigen Platz im Qoikang-Tempel, einem Zentrum des Lamaismus, gefunden (XNA, 18.5.83).

-st-

(21) Ausbau der Rundfunk- und Fernsehuniversität

Wie von seiten der Zentralen Rundfunk- und Fernsehuniversität verlautete, soll diese Institution so ausgebaut werden, daß bis zum Jahre 1990 2 Millionen Studenten über die Rundfunk- und Fernsehuniversität studieren können. Gegenwärtig studieren 347.000 Studenten über Rundfunk und Fernsehen, bis 1985 sollen es 850.000 Studenten sein. Der Ausbau soll mit Hilfe von Anleihen

der Weltbank erfolgen, und zwar sollen damit neun Fernsehstationen für die Fernsehuniversität sowie dazugehörige Aufnahmezentren, Bibliotheken und Laboratorien eingerichtet werden. Zur Zeit bietet die Rundfunk- und Fernsehuniversität Kurse in Maschinenbau, Elektronik, Mathematik, Physik und chinesischer Sprache an. Im Herbst sollen sieben wirtschaftswissenschaftliche Lehrgänge dazukommen, darunter Betriebswirtschaft, Statistik, Buchhaltung und Finanzwesen. Die Hörer sind hauptsächlich voll eingeschriebene Studenten; daneben soll auch zunehmend Freizeithörern die Teilnahme an den Kursen gestattet sein. Auch sie können Diplome erlangen. Die Ausbildung dauert zwei bis drei Jahre. Im ganzen Land sind gegenwärtig 6000 hauptamtliche und 18.000 Teilzeitlehrer für die Rundfunk- und Fernsehuniversität tätig (XNA, 17.5.83).

-st-

(22) Stärkere Kontrolle über Theater

Die Hongkonger Zeitung "Ming Bao" berichtete am 7. Mai 1983 über verschärfte Kontrollbestimmungen des chinesischen Kulturministeriums für Theateraufführungen (vgl. SWB, 13.5.83). Dem Bericht zufolge sollen folgende Bestimmungen ergangen sein: 1. Normalerweise ist es keiner Einzelperson erlaubt, in eigener Regie Theateraufführungen zu organisieren. 2. Bevor eine theaterfremde Einheit eine Theatertruppe für eine Vorstellung engagiert, muß sie im voraus die Erlaubnis von der zuständigen Kulturbehörde einholen. 3. Sollen Schauspieler für eine Vorführung engagiert werden, muß die Einheit, zu der die Schauspieler gehören, ihre Zustimmung geben. 4. Das Programm muß vorher von dem Theater, zu dem der Schauspieler gehört, und von dem Veranstalter geprüft werden. 5. Der Veranstalter muß einwandfreie und ordentliche Vorführungen garantieren und ist dem Publikum gegenüber verantwortlich. 6. Theater und Veranstalter müssen auf die Gesundheit der Schauspieler achten und dürfen die Zahl der Vorstellungen nicht eigenmächtig aus Profitsucht erhöhen. 7. Die Abrechnung über Einkommen und Ausgaben von Vorstellungen muß offengelegt werden, und der Gewinn muß vernünftig verteilt und darf nicht illegal aufgeteilt werden.

Offenbar hat es genügend Anlaß gegeben, solche Bestimmungen zu erlassen. So wurden in letzter

Zeit mehrfach Klagen über Theatervorführungen minderer Qualität laut, die aus Profitsucht veranstaltet worden waren. Darauf machte z.B. die Volkszeitung in ihrer Ausgabe vom 26.4.83 aufmerksam. Sie ging dabei auf drei Tage zuvor erschienene Leserbriefe ein, in denen sich die Leser über schlechte und sogar geschmacklose Vorstellungen beklagten, für die sie obendrein noch viel hatten zahlen müssen. Die Volkszeitung verurteilte diese Erscheinung aufs schärfste und erklärte, daß es sich bei derartigen Vorstellungen um Veranstaltungen handle, die von Einzelpersonen hinter dem Rücken der Behörden und Theater aus reiner Profitsucht organisiert würden. In dem Artikel wurde bereits angekündigt, daß das Kulturministerium Maßnahmen zur Unterbindung solcher Auswüchse erwäge.

-st-

(23)**Japanische Publikationen für Nationalbibliothek**

In der Chinesischen Nationalbibliothek in Beijing ist kürzlich ein Leseraum für japanische Publikationen eröffnet worden. Initiatoren dieser Einrichtung sind die Nationalbibliothek und der japanische Buchhandel. Beide Institutionen haben ein Abkommen unterzeichnet, wonach die japanische Seite der Nationalbibliothek von 1983 bis 1988 jährlich 8.000 bis 10.000 japanische Bücher zur Verfügung stellt. Die Sachgebiete für die gestifteten Bücher kann sich die chinesische Seite auswählen. Die japanischen Publikationen vermitteln den neuesten Stand der japanischen Wissenschaft und Technik (XNA, 11.5.83).

-st-

(24)**16.000 chinesische Auslandsstudenten seit 1978**

Seit 1978 hat die Volksrepublik China insgesamt 16.000 Studenten zum Studium ins Ausland geschickt. In der gleichen Zeit nahm China über 8.000 ausländische Studenten auf. Diese Zahlen gab Erziehungsminister He Dongchang auf einer Konferenz über Hochschulbildung am 9. Mai 1983 bekannt. Schätzungsweise 10.000 Chinesen, d.h. 62,5% aller chinesischen Auslandsstudenten sollen in den letzten fünf Jahren in den USA studiert haben. (JT, 11.5.83)

-sch-

AUSSENWIRTSCHAFT**(25)****Volkszeitung verteidigt Joint Ventures**

In ihrer Ausgabe vom 14.5.1983 verteidigt die Volkszeitung die Joint Ventures. Es folgen Auszüge aus dem Text:

In Hinblick auf die bessere Absorbierung ausländischer Fonds, insbesondere ausländischer Investitionen in fortgeschrittener Technologie, die für die Entwicklung der Volkswirtschaft benötigt werden, hat die chinesische Regierung sich entschlossen, Vorzugsbehandlungen in verschiedener Hinsicht, von Steuern zu Preisen, zu gewähren. Die Regierung wird Vorzugsbedingungen in vielerlei Hinsicht gewähren, von der Vereinfachung der EinreiseprozEDUREN bis zur Übernahme des Prinzips, jeden Fall entsprechend der Auswirkungen auf den Markt zu behandeln. Dennoch mangelt es einigen Genossen am Verständnis für die Bedeutung der Nutzung ausländischer Fonds beim Betrieb von Joint Ventures; einige haben sogar Befürchtungen.

Einige Leute fragen, warum es nötig sei, den chinesisch-ausländischen Joint Ventures so viele Vorzugsregelungen zu gewähren. Unsere Antwort ist: chinesisch-ausländische Joint Ventures sind Unternehmen, die in Übereinstimmung mit den Notwendigkeiten des Programmes der vier Modernisierungen gegründet worden sind. Unser Land hat Anteile an den Joint Ventures, die unter die Jurisdiktion der chinesischen Gesetze fallen, die die Führerschaft der chinesischen Regierung beachten und gemeinsame Geschäfte durchführen. Joint Ventures sind sowohl für die chinesischen als auch für die ausländischen Partner gewinnbringend. Beim Betrieb von chinesisch-ausländischen Joint Ventures können wir ausländische Fonds nutzen, ohne die Schulden des Staates zu erhöhen. Durch die Verbindung unserer Gewinne mit denen des ausländischen Investors auf der Basis gemeinsamer Investitionen, des gemeinsamen Betriebs und der Übernahme von Risiken können wir die Initiative der anderen Partei fördern. Deshalb ist diese Betriebsweise vorteilhaft für unsere Bemühungen, fortgeschrittene Technologie zu importieren, in einer zufriedenstellenderen Weise fortgeschrittene Management-Erfahrungen von anderen Ländern zu lernen, die Ausbildung des technischen Personals und der Management-Kader zu be-

schleunigen, die Konkurrenzfähigkeit unserer Exportprodukte zu erhöhen und die Entwicklung des Außenhandels zu beschleunigen.

Aus diesem Grunde sollten wir ein gutes Investitionsklima für ausländische Investoren schaffen und ihnen Vorzugsbedingungen einräumen, so daß die ausländischen Investoren angemessene Gewinne erzielen können. Dies ist eine leicht zu verstehende Wahrheit. Das Kapital auf dem Weltmarkt richtet sich nach den Gewinnen. Es wird nicht kommen, wenn es keine Aussicht auf Gewinne gibt oder wenn die Gewinne geringer sind als im internationalen Durchschnitt. Im Hinblick auf die Nutzung ausländischer Fonds und die Übernahme moderner Technologie, Kenntnisse und Ausrüstungen hatte Lenin vorgeschlagen: "Wir müssen den Kapitalisten mit dem Motiv des Extragewinnes anlocken. Er will einen Mehrprofit erzielen - er soll diesen Mehrgewinn haben; wir werden die Grundlagen erhalten, die uns stärken werden."

Wenn wir einigen Joint Ventures erlauben, einen Teil oder sogar den größten Teil ihrer Produkte auf dem Binnenmarkt zu verkaufen, werden sie dann den Binnenmarkt übernehmen und unsere nationale Industrie angreifen? Allgemein gesprochen ist unsere nationale Industrie noch recht rückständig. Falls wir ausländische Produkte nach Belieben in unseren Markt eindringen ließen, würde unsere nationale Industrie sicherlich ernsthaft gefährdet werden. Es ist deshalb nötig, unsere nationale Industrie zu schützen. Der richtige und rationale Schutz unterstützt die Entwicklung der nationalen Industrie; übermäßiger Schutz könnte jedoch die nationale Industrie in eine "Treibhausblume" verwandeln, die ihre Konkurrenzfähigkeit verliert, nicht mehr in der Lage ist, in der Welt zu bestehen und dem Sturm standzuhalten. Im übrigen gibt es auch einen Unterschied zwischen den Produkten der chinesisch-ausländischen Joint Ventures und den unabhängig importierten Produkten. Es ist nicht nur nötig, die Unternehmen zu aktivieren, sondern auch Druck auf sie auszuüben. Wenn einigen Joint Ventures erlaubt wird, ihre Produkte auf dem Binnenmarkt zu verkaufen, so wird dies unzweifelhaft den Druck auf einige Unternehmen im Lande erhöhen. In einem gewissen Sinne kann dieser Druck auch als treibende Kraft dienen. Er hilft, die Entwicklung unserer Wirtschaft zu fördern und entspricht den Interessen der Konsumenten.